

Eine Einführung in die Menschenrechte

In diesem Kapitel findet sich eine Einführung zum Themenkomplex Menschenrechte. Dafür wird auf folgende Fragen eingegangen:

- § Was sind Menschenrechte?
- § Welche Menschenrechte gibt es?
- § Wer hat Menschenrechte?
- § Wie sind die Menschenrechte entstanden?
- § Was ist eine Menschenrechtsverletzung?
- § Wie werden die Menschenrechte durchgesetzt?

◦ *Vorläufige Zusammenfassung*

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wurde am 10. Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verkündet. Die Werte, die ihr zugrunde liegen, finden sich in vielen Kulturen und Menschenrechte gelten als Grundlage für nachhaltigen Frieden, Sicherheit und Entwicklung. Besonders wichtig ist die menschliche Würde, die eines der fundamentalen Prinzipien der Menschenrechte bildet:

Da die Anerkennung der angeborenen Würde und der gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bildet, [...] verkündet die Generalversammlung diese Allgemeine Erklärung der Menschenrechte als das von allen Völkern und Nationen zu erreichende gemeinsame Ideal, damit jeder einzelne und alle Organe der Gesellschaft sich diese Erklärung stets gegenwärtig halten und sich bemühen, durch Unterricht und Erziehung die Achtung vor diesen Rechten und Freiheiten zu fördern und durch fortschreitende nationale und internationale Maßnahmen ihre allgemeine und tatsächliche Anerkennung und Einhaltung durch die Bevölkerung der Mitgliedstaaten selbst wie auch durch die Bevölkerung der ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Gebiete zu gewährleisten.

- Präambel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, 1948¹

Als internationale Menschenrechte bezeichnet man die durch das internationale Recht garantierten Rechtsansprüche von Personen gegenüber dem Staat oder staatsähnlichen Gebilden, die dem Schutz grundlegender Aspekte der menschlichen Person und ihrer Würde in Friedenszeiten und im Krieg dienen. Menschenrechte haben zum Ziel, die Würde jedes Menschen gegenüber der Willkür und Macht des Staates zu schützen.

¹ <https://www.amnesty.at/themen/menschenrechte/die-allgemeine-erklaerung-der-menschenrechte-aemr/> (30.10.2024).

Menschenrechte sind 1) angeboren und unveräußerlich, 2) universell gültig und egalitär sowie 3) unteilbar und interdependent (miteinander verbunden). Das heißt:

- 1) Menschenrechte werden nicht vom Staat verliehen, sie werden auch nicht erworben, sondern sie stehen jedem Menschen – aus dem alleinigen Grund des Mensch-Seins zu (**angeboren**).

Menschenrechte können weder abgelegt, entzogen noch entzogen werden (**unveräußerlich**).

- 2) Menschenrechte gelten für alle Menschen auf der ganzen Welt (**universell**).

Jede*r Person stehen dieselben Menschenrechte zu unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht, Einkommen, sexueller Orientierung, Glauben, Nationalität oder Alter. Alle Menschenrechte sind in nicht-diskriminierender Form anzuwenden. Das Gleichbehandlungsgebot ist für alle Menschenrechte relevant und zieht sich wie ein roter Faden durch das Menschenrechtssystem (**egalitär**).

- 3) Außerdem sind alle Menschenrechte miteinander verbunden. Menschenrechte müssen deshalb stets in ihrer Gesamtheit verwirklicht sein. So ist bspw. eine Umsetzung von bürgerlichen und politischen Rechten nicht möglich, wenn nicht gleichzeitig auch das Recht auf Nahrung verwirklicht ist (**unteilbar**).

Umgekehrt geht die Verletzung wirtschaftlicher, sozialer oder kultureller Rechte, etwa bei rechtswidrigen Zwangsräumungen, meistens auch mit der Verletzung bürgerlicher und politischer Rechte einher. Menschenrechte sind voneinander abhängig. Sie bedingen einander und verstärken sich wechselseitig (**interdependent**).

Stufenbau der Rechtsordnung

Der Stufenbau der Rechtsordnung ist ein System, das die verschiedenen Rechtsvorschriften in eine klare Rangordnung bringt. In Österreich stehen an oberster Stelle die grundlegenden verfassungsrechtlichen Prinzipien, gefolgt vom Europarecht, dem österreichischen Verfassungsrecht und den einfachen Gesetzen.

Die Menschenrechte haben in Österreich einen hohen Stellenwert. Eine wichtige Quelle dafür ist die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), die Verfassungsrang hat, daher steht sie weit oben in der Rechtsordnung. Auch die Grundrechtecharta der EU (GRC) zählt zu den wichtigen Menschenrechtsquellen. Menschenrechte sollen Einzelpersonen vor staatlichen Eingriffen schützen und werden daher auch als Abwehrrechte bezeichnet.

Die österreichische Rechtsordnung hat keine einzelne, zentrale Quelle für alle Grundrechte; sie finden sich in verschiedenen Gesetzen. Zum Beispiel ist das Staatsgrundgesetz eine zentrale Quelle für Grundrechte und steht im Verfassungsrang. Auch einfache Gesetze müssen sich an die Verfassung halten. Ist dies nicht der Fall, kann der Verfassungsgerichtshof (VfGH) sie aufheben, um sicherzustellen, dass alle Gesetze mit den Grund- und Menschenrechten im Einklang stehen.

◦ ~~Vollbgd Ldnrbgdnqdbgsd flas dr~~>

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte umfasst 30 Artikel. Sie inkludieren beispielsweise das Recht auf „Leben, Freiheit und Sicherheit der Person“ (Artikel 3), das Recht, „sich friedlich zu versammeln und zu Vereinigungen zusammenzuschließen“ (Artikel 20) und das Verbot von Folter (Artikel 5) und Sklaverei (Artikel 4).

Das Menschenrechtssystem ist kein abgeschlossenes System, sondern unterliegt – als Spiegelbild der gesellschaftlichen Herausforderungen und Werte – einem permanenten Entwicklungsprozess. In den letzten Jahrzehnten ist dabei das Recht auf gesunde Umwelt aber auch die Verwirklichung von wirtschaftlichen und sozialen Rechten in den Vordergrund gerückt.

In einer wegweisenden Resolution anerkannte der UNO-Menschenrechtsrat im Oktober 2021 erstmals das Recht auf eine sichere, saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt. Daraufhin hat im Juli 2022 die UN-Generalversammlung dieses Recht als grundlegendes Menschenrecht anerkannt.

Wirtschaftliche, soziale und kulturelle (WSK) Rechte hingegen sind schon länger Teil des internationalen Menschenrechtskatalogs, insbesondere durch den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (1966).

Der aktuelle Fokus auf wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ist eine Reaktion auf wachsende globale Herausforderungen wie Armut, soziale Ungleichheit und die Notwendigkeit, Grundbedürfnisse wie Gesundheit, Bildung und Wohnen für alle Menschen zu sichern.

◦ ~~Vdqg`s Ldnrbgdnqdbgsd~~>

Jeder Mensch hat dieselben Menschenrechte unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht, Einkommen, sexueller Orientierung, Glauben, Nationalität oder Alter. Alle Menschenrechte sind in nicht-diskriminierender Form anzuwenden. Das Gleichbehandlungsgebot ist für alle Menschenrechte relevant und zieht sich wie ein roter Faden durch das Menschenrechtssystem.

◦ ~~Vld rhnc chl Ldnrbgdnqdbgsd dnrs`s ncdm~~>

Die Idee, dass jeder Mensch angeborene Rechte hat, die ein Leben in Würde ermöglichen sollen, ist in vielen Kulturen, Religionen und Traditionen verwurzelt. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass die in die Menschenrechte eingegangenen Werte **weder eine Erfindung des Westens noch eine des 20. Jahrhunderts** sind.³

“Where, after all, do universal human rights begin? In small places, close to home – so close and so small that they cannot be seen on any maps of the world. Yet they are the world of the individual person; the neighbourhood he lives in; the school or college he attends; the factory, farm or office where he works. Such are the places where every man, woman and child seeks

² Workshop Menschenrechtsbildung. Handbuch für Trainerinnen und Trainer. Widmer, Karin und Benedetti, Romana (Amnesty International Schweiz), Schweiz: Oktober 2011.

³ Kompass, http://kompass.humanrights.ch/cms/front_content.php?idcat=135 (8.1.2019).

*equal justice, equal opportunity, equal dignity without discrimination. Unless these rights have meaning there, they have little meaning anywhere. Without concerned citizen action to uphold them close to home, we shall look in vain for progress in the larger world.” Eleanor Roosevelt*⁴

Disclaimer:

Die Geschichte der Menschenrechte wird oft aus einer eurozentristischen, *weißen* und männlich geprägten Perspektive erzählt. In der Vergangenheit hatte diese Gruppe an Menschen den besten Zugang zu Macht und Bildungsressourcen, wodurch sie die Erzählung und Entwicklung dieser Rechte weitgehend bestimmen konnte. Marginalisierte Gruppen wurden in diesen Kontexten hingegen systematisch benachteiligt und oft von der Teilhabe an politischen, sozialen und intellektuellen Prozessen ausgeschlossen.

Diese Strukturen führten dazu, dass die wichtigen und zahlreichen Beiträge und Perspektiven von marginalisierten Gruppen für Gleichberechtigung und Menschenrechte ausgeschlossen und unterdrückt wurden und bis heute werden. Gründe dafür sind z.B. unfaire systematische Machtverteilung, fehlende kritische Auseinandersetzung und gewaltvolle Unterdrückung. Aktuelle wissenschaftliche Analysen belegen, dass auch viel zitierte Denker in der Zeitgeschichte nicht frei von diskriminierenden Haltungen waren, und verdeutlichen die Notwendigkeit, historische Texte kritisch zu hinterfragen und im Kontext ihrer Zeit zu betrachten. Wir haben uns bemüht, unterschiedliche Perspektiven mitzudenken, doch hier bleibt nur Platz für eine kurze Skizzierung, da eine tiefere Darstellung den Rahmen sprengen würde.⁵

Grundlagen der Menschenrechte

Ein Blick in die Antike macht deutlich, dass das Ringen um die Menschenrechte ein langwieriger, zäher Prozess war, der viele Fortschritte, aber auch zahlreiche Rückschritte mit sich brachte. Frühe Versuche, die Entscheidungsgewalt einzelner Machthabenden ansatzweise durch politische Mitbestimmungsrechte von Bürger*innen auszusetzen beziehungsweise zu verringern, finden sich zum Beispiel in der Philosophie der Stoa. Wie auch in der späteren geschichtlichen Entwicklung wurden allerdings (Menschen-)Rechte nicht allen gleichermaßen zugestanden: Lange Zeit waren bestimmte Gruppen von Menschen – etwa Frauen, Trans*-Personen, indigene Völker und Sklav*innen und somit die Mehrheit der Bevölkerung – von den meisten Rechten ausgenommen.

In der Kolonialzeit im späten 15. Jahrhundert wurden – auch aufgrund von Unterdrückung, Ausbeutung und Vernichtung – vor allem von religiöser Seite Forderungen nach Rechten laut, die für alle Menschen gleichermaßen gelten und nicht von der (europäischen) Herkunft abhängen sollten. Der italienische Humanist *Pico de la Mirandola* forderte 1492 in seiner Schrift „Über die Würde des Menschen“ die Freiheit und Selbstbestimmtheit des Menschen. Der Gedanke der Freiheit und Würde für alle Menschen ist grundlegend für die Idee der Menschenrechte, die sich in der europäischen Aufklärung herausgebildet hat.⁶

⁴ <https://ask.un.org/faq/323626> (20.10.2024).

⁵ <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/309087/die-universalitaet-der-menschenrechte-ueberdenken/> (20.10.2024).

⁶ Suntinger/Weber, Alle Menschenrechte für alle, 9.

Menschenrechte in der europäischen Aufklärung

Erste konkretere Ansätze, **gleiche Rechte für alle** zu fordern, werden der Zeit der Aufklärung (18. Jahrhundert) zugeordnet. Danach kommen jedem Menschen als eigenständigem Individuum gewisse natürliche Rechte zu, die sich unmittelbar aus dem Mensch-Sein ergeben und unabdingbar sind. Damit verbunden ist auch eine völlig neue Vorstellung von der Legitimität des Staates, die in den Theorien über den "Gesellschaftsvertrag" ihren Ausdruck findet: Demzufolge integrieren die Menschen ihre natürliche Freiheit in die Freiheit des Gemeinwesens und übertragen die Durchsetzung ihrer Rechte den Repräsentant*innen dieser politischen Gemeinschaft. Im Gegenzug wahrt und schützt der Staat die natürlichen Rechte der Menschen und bedient sich dabei des Rechts, insbesondere des Strafrechts. Wichtige Vertreter(*innen) dieser Ideen waren der englische Philosoph *John Locke* (1632-1704), im deutschsprachigen Raum *Samuel Pufendorf* (1632-1694) und *Christian Wolff* (1679-1754). Wesentliche Impulse gingen auch von *Thomas Paine* (1737-1809) in den USA und England und *Jean-Jacques Rousseau* (1712-1778) in Frankreich aus.⁷ Ergänzend sind Mary Wollstonecraft (1759-1797)⁸, die für die Gleichberechtigung von Frauen eintrat, und Toussaint Louverture (1743-1803)⁹, der als ehemaliger Sklave eine zentrale Rolle im haitianischen Unabhängigkeitskampf spielte, hervorzuheben. Diese beiden und viele weitere Personen erweitern die Perspektive auf die Menschenrechte um den Kampf gegen Geschlechterungleichheit und koloniale Unterdrückung und bilden so ein wichtiges Gegengewicht zu den oft zitierten weißen, europäischen Denkern der Aufklärung.

Das Konzept der Trennung der Staatsgewalten (Legislative,/Gesetzgebung – Exekutive/Vollziehung – Judikative/Gerichtsbarkeit) von *Charles de Montesquieu* (1689-1755) sowie die demokratischen Ideen *Rousseaus* von der Macht des Volkes als Souverän legten den Grundstein für die Forderung nach der Verankerung der Menschenrechte in diversen Verfassungen. Die Philosophie *Immanuel Kant's* (1724-1804), insbesondere der ‚Kategorische Imperativ‘, hat das Verständnis der Menschenrechte in vielfältiger Form bereichert. Kant fordert in seinem berühmten Werk von der Metaphysik der Sitten, dass man stets so handeln solle, dass die Motivation für das eigene Handeln gleichzeitig auch Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung sein könnte, womit also das eigene Handeln immer auch für die Gemeinschaft gut wäre.¹⁰

Menschenrechte als Antworten auf Unrechtserfahrungen

Die Ideen von angeborenen Menschenrechten, Demokratie und Gewaltenteilung im Staat wurden erst durch die politischen und gesellschaftlichen Zustände in Europa – Feudalismus, Absolutismus und die damit verbundene staatliche Willkür, Unterdrückung und Diskriminierung – politisch relevant.

Inspiziert von den Ideen der Aufklärung führten die Amerikanische Revolution (1776) und die Französische Revolution (1789) zu weitreichenden politischen Veränderungen, welche schließlich die Verankerung von Menschenrechtskatalogen in Verfassungen zur Folge hatte. Dieser Prozess zeigt, dass die Durchsetzung der Menschenrechte nicht (allein) aus edler Überzeugung, sondern vor allem auch aus einem starken Leidensdruck und politischen

⁷ Suntinger/Weber, Alle Menschenrechte für alle, 9.

⁸ <https://www.britannica.com/biography/Mary-Wollstonecraft> (17.10.2024).

⁹ <https://www.britannica.com/biography/Toussaint-Louverture> (17.10.2024).

¹⁰ Suntinger/Weber, Alle Menschenrechte für alle, 9.

Eigeninteressen heraus betrieben wurde. In diesem Fall aus den Bestrebungen einer nach und nach gesellschaftlich mächtig gewordenen Gruppe: des Bürgertums.¹¹

Bürgerliche und politische Rechte

Die französische „Erklärung der Rechte des Menschen und des Bürgers“ aus 1789 enthält einen Katalog von bürgerlichen und politischen Rechten, z.B. das Recht auf Leben, auf Schutz vor Folter, auf persönliche Freiheit, auf ein faires Gerichtsverfahren, auf Religionsfreiheit, auf Meinungsfreiheit, auf Privatheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie auf Wahlen.

Bisher hatte der Staat in vielfältiger Weise in das Leben der*des Einzelnen eingegriffen: Religion, Arbeit, Lohn, Partner*innenwahl und politisches Engagement waren unter anderem weitgehend fremdbestimmt. Die sogenannte „**erste Generation**“ der Menschenrechte sollte daher vor allem **Abwehrrechte gegenüber dem Staat** sichern. Zunächst waren davon vor allem Vertreter des wohlhabenden männlichen Bürgertums begünstigt. Anstrengungen, auch das Recht auf Bildung in diese Erklärung aufzunehmen und damit zur Beseitigung sozialer Missstände beizutragen scheiterten ebenso wie der Versuch, eine Erklärung der Rechte der Frau und der Staatsbürgerin zu verabschieden. Deren Betreiberin, *Olympe de Gouges*, wurde unter anderem wegen ihres Einsatzes für die Menschenrechte für Frauen von anderen Frauen hingerichtet.¹²

Im Laufe des 19. Jahrhunderts kam es in vielen europäischen Ländern zu teils revolutionären politischen Prozessen, die auch als „bürgerliche Revolutionen“ bekannt geworden sind. Im Zuge dessen kam es zur Ausarbeitung und Annahme von nationalen Verfassungen, in denen auch einige Menschenrechte (vornehmlich bürgerliche und politische Rechte) integriert waren.

Wirtschaftliche und soziale Rechte

Die industrielle Revolution, die im 19. Jahrhundert vielfältige Formen der Ausbeutung von Arbeiter*innen nach sich zog, ließ den Ruf nach sozialen Rechten lauter werden. Die Städte wuchsen rapide an und die hier nun überwiegend lebende Gruppe der Arbeiter*innen litt unter unvorstellbaren Lebens- und Arbeitsbedingungen. Ein Ansatz, diesem Leid zu begegnen, war die Entwicklung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, der so genannten „**zweiten Generation**“ der Menschenrechte. Diese stellen ein (Über-)Leben in Würde in den Mittelpunkt und beinhalten beispielsweise das Recht auf Arbeit, das Recht auf adäquate Arbeitsbedingungen, das Recht auf soziale Absicherung, das Recht auf Wohnen, Nahrung, Kleidung und Wasser, das Recht auf Bildung, das Recht auf Gesundheitsvorsorge sowie das Recht auf kulturelle Teilhabe und Entfaltung. Wichtige Impulse für deren Schutz gingen von sozialistischen Bewegungen aus, die dem bürgerlichen Menschenrechtskonzept der Französischen Revolution skeptisch gegenüberstanden und kollektive Interessen der Gemeinschaft in den Vordergrund stellten.

¹¹ Suntinger/Weber, Alle Menschenrechte für alle, 10.

¹² Suntinger/Weber, Alle Menschenrechte für alle, 10f.

Demzufolge ist es Aufgabe des Staates, durch **positive Leistungen** für alle seine Bürger*innen zu sorgen. Individuelle und gerichtlich durchsetzbare Abwehransprüche gegen den Staat sind in diesem Konzept nicht nur überflüssig, sondern geradezu systemwidrig.¹³

Kollektive Rechte

Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts war durch die verheerenden Auswirkungen zweier Weltkriege geprägt, was schließlich unter dem Eindruck der Verbrechen des Nationalsozialismus zu ganz konkreten Bestrebungen führte, den Schutz der Menschenrechte auf die internationale Ebene zu heben. Daneben entwickelte sich als Antwort auf Bedrohungs- und Unterdrückungsformen großen Ausmaßes – wie beispielsweise Kolonialismus, systematische Diskriminierung und Ausbeutung, Masseneleid, Bedrohungen der Umwelt und des Friedens – eine „**dritte Generation**“ der Menschenrechte. Die sogenannten kollektiven Rechte betreffen die Überlebensbedingungen von Völkern, Personengruppen und Individuen in einem größeren, grenzüberschreitenden Zusammenhang. Insbesondere sind hier das Selbstbestimmungsrecht der (ehemaligen) kolonialen Völker auf politische Unabhängigkeit gegenüber den europäischen Kolonialmächten, das Recht auf freie Verfügung über die eigenen Ressourcen und das damit eng verbundene Recht auf selbstbestimmte Entwicklung anzuführen.¹⁴

Drei Generationen (Dimensionen) der Menschenrechte

Der Versuch, Menschenrechte in nur drei Generationen oder Dimensionen zu erfassen, ist sehr vereinfachend, entsprach aber der plakativen internationalen Menschenrechtsdiskussion zwischen den verschiedenen Ländern und Regionen der Welt.¹⁵ Der Grundsatz der Universalität und Unteilbarkeit zeigt aber deutlich, dass die Menschenrechte stark ineinander verwoben sind: Ohne die adäquate Gewährleistung eines Rechtes auf Bildung (Generation II) ist es nicht leicht möglich, das Recht auf politische Mitbestimmung (Generation I) zumindest in höheren Entscheidungsgremien zu verwirklichen und auch das Recht auf Selbstbestimmung und Entwicklung (Generation III) hängt stark von einem funktionierenden Bildungssystem im Staat ab.

Feministische Kämpfe um Gleichberechtigung

Die Entwicklung der klassischen Menschenrechte wurde stark von Männern dominiert: Die ersten Errungenschaften der Menschenrechtsbewegungen kamen Männern zugute und es ist keine Übertreibung zu sagen, dass die zentrale Idee der Freiheit und gleicher Würde aller Menschen von Männern für Männer gedacht wurde und alle anderen Geschlechter, sowie marginalisierte Gruppen der Gesellschaft davon zunächst weitgehend ausgeschlossen waren. Die Idee der Freiheit und Gleichheit inspirierte und stärkte aber auch Frauen; nur wenige Interessensgemeinschaften forderten ihre Rechte so konsequent ein wie diverse feministische Bewegungen.

¹³ Nowak, Einführung in das internationale Menschenrechtssystem, nwV 2002, 36.

¹⁴ Suntinger, Menschenrechte und Polizei. Handbuch für TrainerInnen, BM.I 2005, 28.

¹⁵ Nowak, Einführung in das internationale Menschenrechtssystem, nwV 2002, 35.

Wichtige Errungenschaften im Kampf um die Gleichberechtigung von Frauen waren die Ausweitung der politischen Menschenrechte wie z.B. des Wahlrechts, aber auch die Ausweitung des Rechts auf gleichen Zugang zu Universitäten und zu verschiedenen Berufen, die in den meisten europäischen Ländern in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erreicht wurde. Dennoch bestehen auch heute noch zahlreiche ungerechtfertigte Ungleichheiten, denen durch umfassende Diskriminierungsverbote und andere Maßnahmen (z.B. sozialpolitische Bestimmungen) entgegengewirkt werden soll. Letztlich geht es um die systematische Einbeziehung und Mitberücksichtigung von diversen Geschlechts-Perspektiven („gender perspective“) in alle Lebensbereiche.¹⁶

Internationaler Menschenrechtsschutz als Reaktion auf den Nationalsozialismus

Vor dem Zweiten Weltkrieg wurde die Art und Weise, wie Staaten ihre eigenen Staatsangehörigen behandelten, aufgrund ihrer Souveränität als eine rein innerstaatliche Angelegenheit betrachtet. Widersprüchlich war dabei, dass Kriegsgefangene aufgrund des Humanitären Völkerrechtes (das sind die während eines bewaffneten Konflikts einzuhaltenden internationalen Regeln) einen Anspruch darauf hatten, nicht gefoltert und mit Menschenwürde behandelt zu werden, wohingegen an den eigenen Staatsangehörigen sogar die grausamsten Verbrechen wie Völkermord verübt werden konnten, ohne dass dies internationale Reaktionen hervorrief. Ein oft zitiertes Beispiel dieser Doppelmoral ist der türkische Völkermord am armenischen Volk 1915.¹⁷ Das damals herrschende Dogma, dass aufgrund der staatlichen Souveränität Eingriffe anderer Staaten bei solchen Verbrechen eine Einmischung in innerstaatliche Angelegenheiten darstellen würden, verhinderte ein Einschreiten und ließ die internationale Diplomatie in Ohnmacht und Untätigkeit verharren.

Erst die Verbrechen der Nationalsozialisten in Zusammenhang mit der Ermordung bestimmter Gruppen eigener Bürger*innen wie Jüd*innen, Roma*nja, Sinti*zze, Homosexuelle, Menschen mit Behinderungen, Andersdenkende etc. führten zu einem Umdenken. Dieser Völkermord war keine Folge des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges – Konzentrationslager gab es beispielsweise schon vor 1939 – sondern eine von langer Hand geplante und systematische Politik der Diskriminierung, Unterdrückung, Ausbeutung und schließlich der Ausrottung. Nun wäre es aber überaus zynisch sowie moralisch und politisch nicht mehr vertretbar gewesen, die von Nazideutschland begangenen schwersten Kriegsverbrechen gegenüber Kriegsgefangenen zu ahnden, den Mord an u.a. 6 Millionen Jüd*innen, zwischen 200.000 und 500.000 Roma*nja und Sinti*zze und rund 250.000 Menschen mit Behinderung jedoch als rein innerstaatliche Angelegenheit zu behandeln und nicht zu verurteilen. Eine genaue Feststellung der Opferzahlen ist leider nicht möglich, man kann sie nur schätzen. Gründe dafür sind vor allem die fehlende Dokumentation und Forschung, die Anonymität der Opfer und die Tatsache, dass viele von ihnen mehreren marginalisierten Gruppen angehörten.

¹⁶ Suntinger, Menschenrechte und Polizei. Handbuch für TrainerInnen, BM.I 2005, 28.

¹⁷ Folgende Nachricht des US-Botschafters Henry Morgenthau aus der Türkei an das US-Departement angesichts des Völkermordes an den Armenier*innen 1915 veranschaulicht dieses Dogma: „Es ist schwierig, mich zurückzuhalten, etwas zu tun, um diesen Versuch, ein Volk auszulöschen, zu stoppen, aber ich bin mir bewusst, dass ich als Botschafter hier bin und mich an die Prinzipien der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes halten muß.“
Zitiert nach: Suntinger/Weber, Alle Menschenrechte für alle, 13.

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg wurden 1945 die Vereinten Nationen gegründet, um im Interesse nachfolgender Generationen Instrumentarien zu entwickeln, die weitere Kriege verhindern können und um die Achtung der Würde der Menschen auf Grundlage der Menschenrechte wieder herzustellen. Die Tragödien weiterer Völkermorde (z.B. Kambodscha, Bosnien, Ruanda, Gaza) und schwerste Menschenrechtsverletzungen zeigen jedoch, dass die Umsetzung der Menschenrechte weiterhin erkämpft wird und werden muss. Es ist noch immer eine große Herausforderung, die Vorstellung von nationaler Souveränität zu durchbrechen und den Menschen durch ein funktionierendes System der kollektiven Sicherheit präventiv, aber auch in Krisen- oder Kriegssituationen, ein menschenwürdiges Leben zu gewährleisten.¹⁸

Charta der Vereinten Nationen

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen.“ (Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte)

Der Durchbruch

Der Durchbruch für die moderne Menschenrechtsbewegung kam mit der Verankerung der Menschenrechte für alle in der Charta der Vereinten Nationen von 1945. Die Menschenrechte wurden in der Präambel (im Vorwort) «als das von allen Völkern und Nationen zu erreichende gemeinsame Ideal» bezeichnet. Damit wurden sie zur internationalen Angelegenheit erklärt. Der erste Artikel der Charta nennt die Förderung und Festigung der «Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse¹⁹, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion» als eines ihrer Ziele. Die Respektierung und Verwirklichung der Menschenrechte wurde zum ersten Mal als eine Voraussetzung für Wohlfahrt, Stabilität und friedliche Beziehungen zwischen den Staaten angesehen.

Der eigentliche Inhalt der Menschenrechte wurde in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) definiert und in der UN-Menschenrechtskommission ausgearbeitet. Mit der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen (United Nations – UN) 1948 gelang ein Meilenstein in der internationalen Menschenrechtsentwicklung. Die Erklärung umfasst eine Vielzahl von Rechten, die jedem Menschen, unabhängig davon, in welchem Staat er/sie lebt, zustehen. Die Allgemeine Erklärung wurde von einer großen Mehrheit der damals in der Generalversammlung vertretenen Staaten angenommen.²⁰

Die AEMR bildet bis heute die Grundlage des internationalen Menschenrechtsschutzes. Auch wenn das Dokument als „Erklärung“ rechtlich nicht bindend ist, war sie für den weiteren Prozess der Menschenrechtskodifizierung sehr wichtig. Auch spricht man heute davon, dass der Inhalt der AEMR als Gewohnheitsrecht anzusehen sei, als ein Grundstandard, der von allen akzeptiert und nicht mehr in Frage gestellt wird. Ihre Bestimmungen wurden in zahlreiche nationale Verfassungen aufgenommen und damit zu einklagbaren Rechten

¹⁸ Nowak, Einführung in das internationale Menschenrechtssystem, nwV 2002, 33-35.

¹⁹ Der Begriff „Rasse“ ist mit einem biologistischen Konzept verbunden. Biologisch unterschiedliche „Menschenrassen“ aufgrund von äußeren Merkmalen herzuleiten, entsagt jeglicher wissenschaftlichen Basis. Der Begriff steht für eine lange Geschichte rassistischer Vernichtung und Gewalt.

²⁰ <https://www.humanrights.ch/de/internationale-menschenrechte/aemr/geschichte/> (11.3.2024).

gemacht. In der Folge wurden, ausgehend von der AEMR, schrittweise völkerrechtlich bindende Verträge zu bestimmten Themen oder Personen mit speziellen Bedürfnissen verabschiedet. Bekannt sind diese als sogenannte Konventionen oder Pakte.

Die Allgemeine Erklärung hat überdies einen starken symbolischen Wert: Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit verständigte sich die Staatengemeinschaft darüber, ein Menschenrechtssystem anzuerkennen und Menschenrechte über die staatliche Souveränität zu stellen: Von nun an sollte es nicht mehr dem Staat allein überlassen bleiben, wie er seine Bürger*innen behandelte. Die Achtung der Menschenwürde sollte für alle Staaten zwingend und deren grobe Missachtung eine internationale Angelegenheit sein. Der Grundstein für dieses System wurde mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte geschaffen – die Verwirklichung ihrer Zielsetzung bleibt bis heute aber nach wie vor eine tägliche Herausforderung.

Menschenrechte sind ursprünglich als Antwort auf konkrete Unrechtserfahrungen im Westen entstanden. Die Gräueltaten des Nationalsozialismus und die Kriegsverbrechen des Zweiten Weltkrieges veranlassten die internationale Staatengemeinschaft Maßnahmen zu ergreifen und Regelungen zu schaffen, um derartige Grausamkeiten nie wieder zuzulassen. Aufgrund der Entstehungsgeschichte der Menschenrechte und der Kolonialvergangenheit Europas wird den Menschenrechten oftmals der Vorwurf gemacht eine Errungenschaft des Westens zu sein.

²¹Dem ist aber nicht so, denn auch Länder des Globalen Südens spielen eine zentrale Rolle in der Geschichte der Menschenrechte, sowohl als Betroffene kolonialer und imperialistischer Unterdrückung als auch als aktive Akteur*innen im Kampf für die Durchsetzung und Anerkennung dieser Rechte. Viele der heute anerkannten Menschenrechte entstanden in Reaktion auf die Erfahrungen des Globalen Südens mit Kolonialismus, Sklaverei und wirtschaftlicher Ausbeutung. Die Dekolonisierungsbewegungen in Afrika und Asien, die in den 1950er und 1960er Jahren aufkamen, sind klare Beispiele dafür, wie der Globale Süden die Entwicklung der globalen Menschenrechtsagenda vorantrieb. Als konkrete Beispiele in diesem Zusammenhang können Ghana und Südafrika genannt werden. Nach dem Zweiten Weltkrieg trat das Ghana zunehmend als Verfechter internationaler Menschenrechtsnormen hervor. Durch seine aktive Teilnahme an Verhandlungen und seinen Einsatz in internationalen Foren leistete das westafrikanische Land einen bedeutenden Beitrag zur Fortentwicklung und Festigung der Menschenrechte. Auch der Kampf gegen die Apartheid in Südafrika ist ein bemerkenswertes Beispiel dafür: Unter der Führung von Nelson Mandela intensivierte dieser Widerstand den weltweiten Druck auf das Apartheid-Regime, was in Folge zur Anerkennung politischer und sozialer Rechte in Südafrika und darüber hinaus beitrug.²²

Der Globale Süden betonte immer wieder, dass Menschenrechte nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Dimensionen umfassen müssen. Die Verabschiedung des *Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung*²³ sowie die Verabschiedung der Menschenrechtspakte 1966 stellen Errungenschaften einer Welle energischer multilateralen Menschenrechtsdiplomatie dar, die von Staaten des globalen Südens vorangetrieben wurde.

²¹ <https://www.humanrights.ch/de/ipf/grundlagen/was-sind-mr/was-sind-menschenrechte/kulturimperialismus-menschenrechte> (17.10.2024).

²² Jensen SLB. *The Making of International Human Rights: The 1960s, Decolonization, and the Reconstruction of Global Values*. Cambridge University Press; 2016.

²³ Der Begriff „Rasse“ ist mit einem biologistischen Konzept verbunden. Biologisch unterschiedliche „Menschenrassen“ aufgrund von äußeren Merkmalen herzuleiten, entsagt jeglicher wissenschaftlichen Basis. Der Begriff steht für eine lange Geschichte rassistischer Vernichtung und Gewalt.

Die Globalisierung der Menschenrechte

Mit der Entkolonialisierung und dem Erreichen der Unabhängigkeit ehemaliger Kolonien wurden zahlreiche neue Länder Mitglied der Vereinten Nationen, wobei die afrikanischen Staaten Mitte der 1960er Jahre zum stärksten Block wurden. Aufgrund ihrer kolonialen Vergangenheit hatten sie ein starkes Interesse an Menschenrechtsfragen. Heute haben praktisch alle Staaten der Welt eine oder mehrere Menschenrechtskonventionen ratifiziert. Die Menschenrechte als juristisch verbindliche Konzepte sind damit tatsächlich universell geworden.

Heute

Das Menschenrechtssystem ist kein abgeschlossenes System, sondern unterliegt einem permanenten Entwicklungsprozess. In den letzten Jahrzehnten ist dabei das Recht auf gesunde Umwelt aber auch die Verwirklichung von wirtschaftlichen und sozialen Rechten in den Vordergrund gerückt.

In einer wegweisenden Resolution anerkannte der UNO-Menschenrechtsrat im Oktober 2021 erstmals das Recht auf eine sichere, saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt. Daraufhin hat im Juli 2022 die UN-Generalversammlung dieses Recht als grundlegendes Menschenrecht anerkannt.

Wirtschaftliche, soziale und kulturelle (WSK) Rechte hingegen sind schon länger Teil des internationalen Menschenrechtskatalogs, insbesondere durch den **Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte** (1966). Allerdings stand die Verwirklichung dieser Rechte historisch oft im Schatten der bürgerlichen und politischen Rechte. Der aktuelle Fokus auf WSK-Rechte ist eine Reaktion auf wachsende globale Herausforderungen wie Armut, soziale Ungleichheit und die Notwendigkeit, Grundbedürfnisse wie Gesundheit, Bildung und Wohnen für alle Menschen zu sichern.

Regionale Entwicklungen

Parallel zur internationalen Entwicklung fand auch auf regionaler Ebene eine Entwicklung der Menschenrechte statt. In Europa wurden 1951 die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) mit Sitz in Straßburg geschaffen. Die EMRK wurde durch die **Europäische Sozialcharta** ergänzt – letztere garantiert die in der EMRK nicht gewährleisteten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte.

Der EGMR kontrolliert die Einhaltung der den Vertragsstaaten der EMRK auferlegten Verpflichtungen im Rahmen von Individual- und Staatenbeschwerdeverfahren. Seit den Reformen von 1998 kann jede Person, die sich in einem Unterzeichnerstaat aufhält, eine Individualbeschwerde beim EGMR einreichen. Die Möglichkeit der Mitgliedsstaaten, Staatenbeschwerden einzugeben, wird nur sehr selten genutzt.

Bis zur Entstehung des amerikanischen und afrikanischen Gerichtshofes war der europäische Rechtsschutz außergewöhnlich. In Afrika, Asien, dem arabischen Raum und Amerika haben sich inzwischen ähnliche Systeme entwickelt. Zentral für die Erfolgsgeschichte des EGMR ist vor allem, dass er verbindliche Entscheidungen über das Vorliegen einer Verletzung trifft und dem*der Einzelnen darüber hinaus auch Entschädigungen für den Schaden, der durch die

Konventionsverletzung entstanden ist, zusprechen kann. Die Umsetzung der Urteile des EGMR durch den betroffenen Staat wird kontrolliert.

◦ Was ist eine Menschenrechtsverletzung?

Der Begriff „Menschenrechtsverletzung“ ist ein zentraler Begriff der Menschenrechtspraxis. Zunächst muss vorausgeschickt werden, dass es auf die Frage, ob eine Menschenrechtsverletzung vorliegt, in der Regel keine einfache Antwort gibt – es muss immer der konkrete Einzelfall sorgfältig überprüft werden. Ausgangspunkt einer Analyse ist die allgemeine Definition einer Menschenrechtsverletzung:

Eine Menschenrechtsverletzung liegt vor, wenn ein staatlicher Eingriff (durch eine aktive staatliche Handlung) in die Menschenrechte nicht gerechtfertigt ist (Variante 1) oder wenn ungerechtfertigt eine staatliche Handlung unterlassen wird, die menschenrechtlich geboten ist (Variante 2).²⁴

Variante 1 der Definition stellt jene Konstellation dar, die man beim Begriff der Menschenrechtsverletzung häufig zuerst im Kopf hat – sie ist beispielsweise für die Arbeit der Exekutive die bedeutendste Konstellation (z.B. gerechtfertigter oder ungerechtfertigter Eingriff in das Recht auf Bewegungsfreiheit durch Festnahme durch ein Organ der Exekutive, beispielsweise eine*n Polizist*in).

Variante 2 der Definition betrifft jene Fälle, in denen der Staat durch ungerechtfertigte Untätigkeit/Unterlassen seinen positiven menschenrechtlichen Verpflichtungen nicht nachkommt. Das betrifft häufig den gesetzgeberischen und gerichtlichen Bereich (z.B. das Parlament hat trotz internationaler Vorgaben keine gesetzlichen Regelungen gegen Diskriminierung verabschiedet; im Gerichtsverfahren wird Beschuldigten –trotz schlechter Kenntnisse der Landessprache – kein*e Dolmetscher*in beigelegt). Variante 2 kann aber auch die Exekutive betreffen (z.B. kommt die Polizei ihren menschenrechtlichen Schutzpflichten nicht nach, wenn sie keine Vorkehrungen gegen absehbare Gewalttaten durch Private trifft).²⁵

◦ Wer ist für die Einhaltung der Menschenrechte verantwortlich?

Für die Einhaltung der Menschenrechte sind in erster Linie die Staaten verantwortlich: Sie sind rechtlich dazu verpflichtet, Menschenrechte innerhalb ihres Wirkungsbereichs zu

- achten (nicht unverhältnismäßig einzugreifen),
- schützen (vor den Angriffen Dritter),
- gewährleisten.

²⁴ Suntinger, Menschenrechte und Polizei. Handbuch für TrainerInnen, BM.I 2005, 51.

²⁵ Suntinger, Menschenrechte und Polizei Handbuch für TrainerInnen, BM.I 2005, 51.

²⁶ Workshop Menschenrechtsbildung. Handbuch für Trainerinnen und Trainer. Widmer, Karin und Benedetti, Romana (Amnesty International Schweiz), Schweiz: Oktober 2011.

Drei Arten von staatlichen Pflichten²⁷

In der Rechtslehre werden drei Arten von staatlichen Pflichten als logische Kehrseite eines Menschenrechts unterschieden: Achtungspflichten, Schutzpflichten und Gewährleistungspflichten.

1. **Achtungspflichten** (auch «Unterlassungspflichten» genannt): Die erste Pflicht des Staates besteht in der Achtung der Menschenrechte. Achtung meint die Pflicht, es zu unterlassen, durch staatliches Handeln die Menschenrechte der Individuen aktiv zu verletzen. Dem entspricht auf Seiten des Individuums der Anspruch, staatliche Eingriffe in seine Menschenrechte abzuwehren. Dieses Abwehrrecht bzw. die entsprechende Achtungs- oder Unterlassungspflicht gelten aber in der Regel nicht absolut. Es gibt legitime Gründe für die Einschränkung von Menschenrechten durch den Staat.
2. **Schutzpflichten**: Die zweite Pflicht des Staates besteht in der Pflicht zum Schutz der Menschenrechte eines Individuums vor den Übergriffen von Dritten, also von Privatpersonen oder sonstigen nichtstaatlichen Akteur*innen wie Wirtschaftsunternehmen oder Sportvereinen. Der Staat ist verpflichtet, die nötigen Vorkehrungen zu treffen, um zu verhindern, dass es zur Beeinträchtigung von Menschenrechten durch Dritte kommt. Und falls die Rechtsverletzung bereits passiert ist, muss der Staat für Wiedergutmachung sorgen. Beispielsweise ist der Staat dafür verantwortlich das Recht auf faire Arbeitsbedingungen zu schützen, indem er entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen schafft und sicherstellt, dass diese von Arbeitgeber*innen eingehalten werden. Dadurch sollen beispielsweise Kinderarbeit, Zwangsarbeit oder stark gesundheitsschädigende Arbeitsbedingungen verhindert werden.
3. **Gewährleistungspflichten**: Die dritte Pflicht des Staates besteht darin, zu gewährleisten, dass ein Individuum seine Menschenrechte tatsächlich realisieren kann. Dies bedeutet, dass der Staat verpflichtet ist, die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, welche die Verwirklichung eines Menschenrechts erst ermöglichen. So muss der Staat ein Schulsystem aufbauen, denn sonst ist die Umsetzung des Rechts auf Bildung nicht möglich. Je nach konkretem Recht ist der Staat auch verpflichtet, bestimmte Leistungen zu erbringen.

Absolute und relative Menschenrechte

Nur die wenigsten Menschenrechte gelten **absolut**, das heißt unter keinen Umständen beschränkt werden dürfen: Hierzu zählen das Folterverbot (Art. 5), das Verbot der Sklaverei (Art. 4) und die Gewissens-, Gedanken und Religionsfreiheit (Art. 18). Jeder Eingriff in eines dieser Rechte (also in ihren Schutzbereich) ist automatisch auch als Menschenrechtsverletzung zu bewerten. Bei diesen Grundrechten ist also nicht in einem zweiten Schritt zu prüfen, ob der Eingriff gerechtfertigt ist.

Die meisten Menschenrechte hingegen gelten **relativ** und können unter bestimmten Voraussetzungen beschränkt werden:

²⁷ <http://www.humanrights.ch/de/Einsteiger-innen/Pflichten/index.html> (09.2016).

Ein Beispiel dazu: Ein Mensch, der gerade gewaltvoll ist und andere Personen attackiert und damit deren Rechte auf Gesundheit und Unversehrtheit gefährdet, darf durch Polizist*innen unter Anwendung von Körperkraft überwältigt werden. Dabei ist unter möglicher Schonung seiner Person vorzugehen. Überzogene Maßnahmen, die seine Gesundheit offenkundig gefährden und für die Überwältigung nicht notwendig sind, sind unverhältnismäßig und dann eben nicht gerechtfertigt, z.B. Einsatz eines scharfen Diensthundes oder Fixierung durch Niederdrücken nach Ende der Gegenwehr.

Internationaler Menschenrechtsschutz

Die Erfahrung zeigt allerdings, dass viele Staaten die Menschenrechte trotzdem verletzen. Deshalb wurden auch auf internationaler Ebene Überwachungsmechanismen geschaffen. Der UNO-Menschenrechtsrat überwacht die allgemeine Menschenrechtssituation in jedem einzelnen Land. Menschenrechtsstandards sind auf internationaler Ebene in einer Vielzahl von **Menschenrechtsverträgen** (Pakte, Konventionen, etc.) ausgearbeitet und festgelegt worden. Besonders wichtige Dokumente sind in diesem Zusammenhang die/der:

- Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
- Internationale Pakt für bürgerlich-politische Rechte
- Internationale Pakt für wirtschaftliche und soziale Rechte

Darüber hinaus existieren weitere Rechtsgrundlagen, wie die Rassendiskriminierungskonvention²⁸, die Behindertenkonvention und die Kinderrechtskonvention, die darauf abzielen, strukturelle Diskriminierung von marginalisierten Gruppen aufgrund von Ethnizität, Behinderung oder Alter zu bekämpfen.

Darüber hinaus hat die UNO zahlreiche Organe geschaffen, die die Umsetzung der einzelnen Menschenrechtskonventionen kontrollieren. Alle Staaten, die eine Konvention unterzeichnet haben, müssen regelmäßig Berichte über die Einhaltung ihrer Verpflichtungen vorlegen. Da die Staaten oft versuchen, die Menschenrechtssituation in ihrem Land besser darzustellen als sie ist, werden diese Berichte mit so genannten «Schattenberichten» von NGOs (Nicht-Regierungs-Organisationen) wie Amnesty International verglichen. Am Schluss dieses Prozesses werden Empfehlungen an den Staat abgegeben, wo Veränderungsbedarf besteht.

Hat ein Staat ein Menschenrechtsabkommen unterzeichnet, muss er es in seiner Gesetzgebung verankern und sich um die Umsetzung der Rechte bemühen. In den nationalen Rechtsordnungen sind Menschenrechte vor allem in der Verfassung verankert. Zahlreiche Staaten haben zusätzlich eine nationale Menschenrechtskommission eingesetzt. Diese soll die Staaten bei der Umsetzung der Menschenrechtsabkommen unterstützen und die Einhaltung überwachen.

²⁸ Der Begriff „Rasse“ ist mit einem biologistischen Konzept verbunden. Biologisch unterschiedliche „Menschenrassen“ aufgrund von äußeren Merkmalen herzuleiten, entsagt jeglicher wissenschaftlichen Basis. Der Begriff steht für eine lange Geschichte rassistischer Vernichtung und Gewalt.

Internationaler Strafgerichtshof

Der UNO-Sicherheitsrat hat Ad-hoc-Tribunale für die Verfolgung von besonders schweren Verbrechen wie Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im ehemaligen Jugoslawien und in Ruanda geschaffen. Für die Verurteilung von solchen besonders schlimmen Verbrechen gibt es seit Juli 2003 den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag (Niederlande). Dieser kann einzelne Täter*innen direkt zur Verantwortung ziehen, wenn der eigene Staat dies nicht tun kann oder will. Bekannte Angeklagte waren der sudanesishe Präsident Omar al-Bashir, Muammar al-Gaddafi und dessen Sohn sowie der Chef des libyschen Militärgeheimdienstes, Abdullah al-Senussi.

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

Daneben gibt es auch regionale Überwachungsorgane. In Europa ist es der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg, der über die Einhaltung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) wacht. Vor dem EGMR können nicht nur Staaten, sondern jede*r Bürger*in Europas Klagen einbringen. Man kann sich aber erst nach der Ausschöpfung des innerstaatlichen Instanzenzuges an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wenden. Das heißt, dass man zuerst eine Klage bei den Gerichten des jeweiligen Staates einbringen muss. Sofern dann ein Urteil ergeht, muss man alle Möglichkeiten (sogenannte Rechtsmittel), die die staatliche Rechtsordnung vorsieht, ergreifen, um sich gegen dieses Urteil zu wehren. Erst, wenn alle Möglichkeiten ausgeschöpft wurden und das ergangene Urteil noch immer Unrecht darstellt, darf man Klage beim EGMR erheben. Der EGMR kann nur Staaten verurteilen und die Urteile des EGMR sind für die Länder rechtlich verbindlich.

Quelle: Adaptiert und erweitert aus „Menschenrechte: Eine Einführung“ in „Handbuch Menschenrechtsbildung I“ von Amnesty International Österreich